

## **Gegen ein „Weiter so“!**

von *André Stephan*

Seit dem 23. November ist die neue Landesregierung im Amt. Klaus Wowereit sprang erst zu knapp, dann nahm er die Hürde der „Kanzlermehrheit“ im Abgeordnetenhaus von Berlin aber doch. Die Spekulationen, wer warum dem Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters im ersten Wahlgang – einer von beiden Abgeordneten tat das auch im zweiten – die Zustimmung versagte, sind müßig und werden verstummen. Auch das trottelige Verhalten des SPD-Parlamentspräsidenten Walter Momper wird in Vergessenheit geraten – ob mit Rücktritt oder ohne. Bleiben wird die trotzige Ankündigung von Wowereit und Linkspartei-Fraktionschefin Carola Bluhm, die inhaltliche Ausrichtung ihrer Politik nicht zu korrigieren.

### **Mächtig rot**

Das verwundert insofern, als dass in den Wochen direkt nach der Wahl noch ein Ruck durchs Regierungslager ging. Die Regierungsinhalte müssten sich „richtigrot“ färben schallte es aus den mitgliederkräftigen Bezirksverbänden der Sozialisten. Ansonsten werde man die Senatsbänke verlassen. Die offenkundigen Widersprüche zwischen populistischer Sozialrhetorik auf der einen und stümperhafter Technokratie der Macht (vor allem die Ausrichtung an vermeintlichen Sachzwängen) auf der anderen haben verschwinden sollen. Doch schon das ausgehandelte Koalitionsprogramm versprach bestenfalls uninspiriertes Verwalten. Die eigenen harten Forderung nach substanziellen Verbesserungen im Bildungs-, Sozial- und Arbeitsbereich etwa sind durch die Floskel „Einstieg in“ abgeschwächt worden. Wichtige Bereiche, so die berufliche Bildung, wurden einfach

ausgespart. Damit haben die „Richtigroten“ dem Wahlvolk einmal mehr Sand in die Augen gestreut. Um so nötiger ist es, diese Janusköpfigkeit in der kommenden Zeit eindeutig zu entlarven.

### **Public Jobs - totgeborenes Kind**

In Berlin sind mehr als 277.000 Menschen in der Arbeitslosenstatistik als arbeitssuchend ausgewiesen. Ein Projekt, das nicht einmal einem Prozent davon „öffentliche Beschäftigung“ zuweist, sollte nicht als „die“ Lösung für die Arbeitsmarktkrise gepriesen werden. Das vor allem dann nicht, wenn die seit Anfang 2005 vorhandenen Möglichkeiten der Vermittlung in die so genannten „1-Euro-Jobs“ eklatant stümperhaft bis gar nicht genutzt worden sind. Es ist zu befürchten, dass auch die „öffentlichen Stellen“ abseits von Qualifikation, Interesse und Entwicklungswunsch der/des Betroffenen nach Liste oder Zufall vergeben werden. Ein zynisches Spiel mit den Hoffnungen der Arbeitslosen. Berlin braucht kein Job-Lotto. Berlin braucht die Bündelung aller Ressourcen. Die Hartz-Regeln – so viele Widrigkeiten sie auch beinhalten mögen – sind eine solche Ressource. Die in purem Populismus begründete Nichtnutzung hat Armut und Desintegration gefördert, wo es ging.

### **Nicht nur finanziell, auch geistig arm**

Aber auch geistige Verarmung droht, wenn Kultur- und Wissenschaftszweige in Frage gestellt und abgeschafft und damit als überflüssig etikettiert werden. Die Freude über den neuen „starken Mann“ der Wissenschaftspolitik, Professor Zöllner aus Rheinland-Pfalz, wird sich rasch legen, denn auch er kann aus den fragwürdigen Strukturentscheidungen von Rot-Rot I kein Ruhmesblatt zaubern. Die Schließung von wissenschaftlichen Einrichtungen und die Abschmelzung von Studienplätzen (wo andere Länder munter aufstocken) berauben uns desjenigen Wachstums, das wir am meisten brauchen: intellektuelles Wachstum. Und dass Kultursenator Klaus Wowereit zu seinem neuen Ressort nicht mehr einfällt, als für die Opernfinanzierung nach dem Bundeshaushalt zu schielen, ist mit den

plumpen Äußerungen in Richtung Bundeskanzlerin erneut klar geworden. Die pulsierende Kreativität Berlins braucht Förderung. Das heißt natürlich auch, Bereiche zu erhalten, die sich monetär nicht rechnen, die nicht unter dem Stichwort „Kreativwirtschaft“ die Gewerbesteuereinnahmen der Zukunft versprechen. Das heißt auch, Berlin als kulturellen „Melting Pot“ zu profilieren, damit daraus kein Hexenkessel wird. Aber wie alle andere Ökonomie ist Kreativwirtschaft die Basis dafür, dass diese Förderung geschehen kann. Was ausgegeben wird, muss vorher erwirtschaftet werden. Eine Regierung, in der so viele so genannte Finanzexperten sitzen – neben Thilo Sarrazin auch Wowereit und Harald Wolff – sollte das begriffen haben. Wo ist ihr Konzept, den Wirtschaftsraum Berlin, vom Kopf auf die Füße zu stellen?

### **An die kommende Generation abgeschoben**

Ein Senat, der sich schon an den Problemen der Gegenwart – sogar an sich selbst verschluckt, hat für die Zukunft nichts in petto. Diese neue alte Hauptstadtregierung tut erklärtermaßen nichts, um kommende Generationen von der Bewältigung von Altlasten freizuhalten.

Berlinerinnen und Berliner werden über Generationen hinweg damit zu leben haben, dass ihnen fortgesetzter Größenwahn eine ruinierte Stadt beschert hat. Sie werden damit leben müssen, dass Haupt- gegen Einheitsschulen, Kindergartenkinder gegen Studierende ausgespielt worden sind. Sie werden mit gravierenden ökologischen Missständen fertig werden müssen, weil die ganze „Ära“ Rot-Rot Weg vom Öl nur als Nischenprojekt betrieben wurde. Wir werden damit zu leben haben, dass Berlin die Hauptstadt der Pfandflaschensammler, nicht die Hauptstadt der Selbstbestimmung und Freiheit ist. Und deshalb darf es dieses „Weiter so“ nicht geben!

Ein Anlauf, sich selbst am Schopfe aus dem Sumpf zu ziehen und die Herausforderungen zu bewältigen, ist nötig. Dazu muss sich vor allem die Sozialdemokratie wieder in Bewegung setzen, wieder „für den Fortschritt arbeiten“, wie es in ihrem Parteiprogramm heißt.

Ein SPD-Landesvorstandsmitglied behauptete nach der Entscheidung seiner Partei, die Zusammenarbeit mit der Linkspartei.PDS 2006 bis 2011 fortsetzen zu wollen, Rot-Grün wäre ja auch nicht mehr das Zukunftsprojekt gewesen, dass es früher mal war. Recht hat der Mann. Denn wenn der Ideenreichtum der „alten Tante“ SPD gerade nur noch bis zur Abschaffung des Ladenschlusses reicht, ist mit ihr wirklich kein Zukunftsstaat mehr zu machen. Traurig, aber wahr.